

LEITARTIKEL

Freiwilliges Engagement in Europa. Zivilgesellschaftlicher Aufbruch oder Instrumentalisierung?

Gerd Mutz, Hochschule München



Wir sind im Moment weit entfernt von einer europäischen Zivilgesellschaft, allenfalls befinden wir uns in einem Konzeptstadium und mangels Ideen oder gar konkreter Utopien wird zunächst auf Dialogverfahren und das Europäische Jahr des Engagements 2011 gesetzt. [weiter lesen](#)

Eine nationale Engagementstrategie muss auch europäisch sein.

Hans-Georg Wicke, JUGEND für Europa

Warum braucht die künftige nationale Engagementstrategie eine europäische Dimension? Thesen und Handlungsempfehlungen von JUGEND für Europa. [weiter lesen](#)

WEITERE ARTIKEL ZUM THEMA

Voluntary Activities of Young People – the European Point of View

Tine Radinja, Präsident des Europäischen Jugendforums (EYF)

Eine Frage der Ehre: Gemeinsame europäische Zielsetzungen für freiwillige Aktivitäten von Jugendlichen

Helle Becker, freie Publizistin

European Conference on Youth: Mobility of

Young Volunteers across Europe

Ein Beitrag der Tschechischen EU-Ratspräsidentschaft

Mehr Mobilität für junge Freiwillige

Karin Lopatta-Loibl, jugendpolitisches Referat der EU-Kommission,
Generaldirektion Bildung und Kultur

Was für's Leben: Der Europäische Freiwilligendienst wirkt nachhaltig

Ergebnisse wissenschaftlicher Studien von JUGEND für Europa

Youthpass: More than a Certificate

Paul Kloosterman, freier Trainer, pame ambro

© 2009 JUGEND für Europa

[Impressum](#)



Thema: Bürgerschaftliches Engagement und das soziale Europa

Juni 2009

Freiwilliges Engagement in Europa. Zivilgesellschaftlicher Aufbruch oder Instrumentalisierung?

Gerd Mutz, Hochschule München



Wir sind im Moment weit entfernt von einer europäischen Zivilgesellschaft, allenfalls befinden wir uns in einem Konzeptstadium und mangels Ideen oder gar konkreter Utopien wird zunächst auf Dialogverfahren und das Europäische Jahr des Engagements 2011 gesetzt.

Am Abend des 7. Juni 2009, Tag der Wahl der Abgeordneten für das Europäische Parlament, wurden wieder Krokodilstränen geweint: Die Wahlbeteiligung ist in Deutschland wie in der gesamten EU erneut gesunken. Sie liegt nunmehr bei etwas über 40%. Vor 30 Jahren gingen immerhin noch über 60% aller wahlberechtigten EU-Bürger zur Wahl, also um die Hälfte mehr als heute. Ein Trend scheint sich damit zu stabilisieren und die Schlussfolgerung der Politiker und Medien ist, dass das Interesse an der Entwicklung der EU abnehme. Aber ist das tatsächlich der Fall? Beobachten wir nicht gleichzeitig, dass sich zunehmend mehr Menschen in den Mitgliedsländern niederlassen, dass sehr viel mehr gereist wird, dass sich die Menschen für die Politik der Nachbarländer interessieren und sehr wohl gut informiert sind? Und während nur ein Drittel der Jugendlichen wählt, steigt gleichzeitig die Zahl junger Menschen in Jugendaustauschprogrammen und Freiwilligendiensten. Es werden vermehrt Auslandsstudien und Auslandspraktika absolviert. Insbesondere Jugendliche identifizieren sich sehr stark mit Europa und seiner kulturellen Vielfalt. Sie interessieren sich für die unterschiedlichen Lebensweisen und wollen zumindest für eine Zeit lang darin eintauchen und Europa selbst erfahren. Stimmt also die Diagnose der Europamüdigkeit oder Politikverdrossenheit?

Das Konstrukt "Europäische Integration"

Wohl doch nicht ganz, zumindest gilt es, zu differenzieren. Es ist richtig, dass

die Menschen von einer Europapolitik gelangweilt sind, die wenig durchschaubar ist und bei der man nicht so genau weiß, was und wie eigentlich im Parlament entschieden wird. Und welche Rolle spielen die Abgeordneten, die auf den Wahlzetteln stehen, oder die einzelnen Kommissare, die nicht direkt gewählt werden können? Auf den Wahlplakaten (nicht nur in Deutschland) sind die konkret zu wählenden Abgeordneten jedenfalls nur selten vertreten, überwiegend eher die Parteivorsitzenden. Da ist der Rückbezug auf das Lokale oder gar Nationale in den Wahlkabinen nur konsequent.

Neben mangelnder Transparenz von Gremien und Verfahren herrscht der Eindruck, trotz Urnengang doch nicht mitbestimmen und mitgestalten zu können – also seitens der Politik zwar als Wähler, nicht aber als Bürger Europas wahrgenommen zu werden. Die Europäische Integration wird zu einem Konstrukt, bei dem die Menschen nicht wissen, auf welcher Ebene und in welcher Weise sie sich einbringen können. Und es bleibt im Gewölke des Abstrakten, wenn vom Gemeinsamen Markt, nicht aber von einer gemeinsamen sozialen Ordnung oder geteilten Lebensverhältnissen, also dem Alltäglichen gesprochen wird. Dem Markt allein mag es gelingen, Güter und Dienstleistungen in Europa recht passabel zu koordinieren, aber schon der europäische Arbeitsmarkt erweist sich für viele Menschen als ein geschlossenes System. Er integriert eben nicht all jene, die arbeiten wollen und können. Marktintegration ist nicht gleichbedeutend mit Sozialintegration und vor allem: Den Gemeinsamen Markt erleben und erfüllen die Menschen nicht und darauf käme es ja an.

Die EU hat den Bürger entdeckt

Seit einigen Jahren nun steht das Begriffspaar Europäische Integration – Gemeinsamer Markt nicht mehr allein, neue Begriffe, wie Partizipation und Zivilgesellschaft haben sich hinzugesellt. Sogar im Reformvertrag ist – parallel zum sozialen Dialog der Sozialpartner – vom zivilen Dialog die Rede. Die Politik will zivilgesellschaftliche Organisationen konsultieren und einen „offenen, transparenten und geregelten Dialog“ führen. Somit und mit weiteren Maßnahmen, etwa der Aktivierung des Bürgerengagements, soll Partizipation ermöglicht werden. Schließlich soll 2011 zum Europäischen Jahr des Engagements werden. Die EU hat, so scheint es, endlich den Bürger und seine Organisationen entdeckt und erwartet eine Form der Integration, die mit dem Markt allein nicht zu machen ist. Sie greift damit recht spät, so muss angemerkt werden, zivilgesellschaftliche Debatten auf, die weltweit und in einzelnen Mitgliedsländern zum Teil bereits Jahrzehnte vorher geführt wurden.

Hieran schließen sich nun eine Reihe von Fragen an: Gibt es mit diesem neuen Paradigma bereits eine in sich geschlossene gemeinsame EU-Strategie? Wie sind die zivilgesellschaftlichen Organisationen und das freiwillige Engagement der Bürger in den Mitgliedsländern eigentlich beschaffen? Welche sind die zivilgesellschaftlichen Potenziale oder: Ist die Zivilgesellschaft mit dieser großen Aufgabe nicht überfordert – also erwartet man von ihr nicht Integrations- oder Inklusionsleistungen, die sie gar nicht leisten kann?

Die erste Frage nach einer europäischen Gesamtstrategie ist einfach zu beantworten: Nein, wir sind im Moment weit entfernt von einer europäischen Zivilgesellschaft, allenfalls befinden wir uns in einem Konzeptstadium und mangels Ideen oder gar konkreter Utopien wird zunächst auf Dialogverfahren und das Europäische Jahr des Engagements 2011 gesetzt. Allerdings

könnten dabei durchaus Lernprozesse ausgelöst werden, insofern darf dieses Potenzial nicht klein geredet werden.

Aus den internationalen Debatten haben wir jedoch gelernt, bei dem Ingangsetzen von Dialogverfahren skeptisch zu sein. Es geht um die Frage: Welche Gruppe ist aus Sicht der EU eine zivilgesellschaftlich relevante Organisation? Oder welche Organisation ist groß und laut genug, sich zu bestimmten Themen zu Wort zu melden? Dazu ein Beispiel: Die großen Organisationen der Autofahrer in Europa (in Deutschland ADAC) erfüllen sicher alle Kriterien einer so genannten Nichtregierungsorganisation, sie sind aber durch ihre Lobbyisten ohnehin in allen Brüsseler Gremien vertreten. Das gleiche gilt für die großen Sozial- und Wohlfahrtsverbände. Die können also nicht gemeint sein. Wer dann? Wollen sich die EU-Gremien wirklich mit den vielen kleinen, oft lokal wirkenden Umweltverbänden oder Menschenrechts- und Flüchtlingsgruppen zusammensetzen? Oder mit Vertretern der vielen Selbsthilfeeinrichtungen und Freiwilligenagenturen? Dies ist nicht allein ein Organisationsproblem, sondern eine Frage der grundsätzlichen Einstellung zu den widerstreitenden Interessengruppen innerhalb der europäischen Gesellschaft. Es kann prognostiziert werden, dass der Output des zivilen Dialogs vom Input abhängig ist, also davon, welche zivilgesellschaftlichen Organisationen zugelassen werden. In dieser Hinsicht darf man gespannt sein und sich wünschen, dass auch die Kleinen lauter werden und zu Wort kommen. Darüber hinaus gilt zu klären, welche Formen der zivile Dialog annehmen soll; wünschenswert wäre gleichsam das Erfinden neuer Beteiligungsverfahren.

Wird das Ministerium den Hut aufhaben?

Gleiches gilt für die Durchführung des Jahres des Engagements. Hier ist die entscheidende Frage: Wer organisiert? Nahe liegend ist, dass sich die Gruppen, Vereine oder Verbände der Freiwilligen, jeweils zunächst auf nationaler Ebene, dann aber in gemeinsamen Foren und Plattformen selbst organisieren. Dabei könnte etwas herauskommen: Sich kennen lernen, Interessen artikulieren und sich so manches Mal auch streiten – etwa darüber, was man eigentlich unter bürgerschaftlichem oder zivilgesellschaftlichem oder schlicht freiwilligem Engagement verstehen will. Aber in manchen Mitgliedsländern ist man der Ansicht, auch eine solche Veranstaltung müsse von der Politik, also dem zuständigen Ministerium geregelt werden. In Deutschland war dies beispielsweise so bei der Ausgestaltung des Internationalen Jahres der Freiwilligen 2001 der UN. Mangels einer legitimen nationalen Vertretung der Freiwilligen hat kurzerhand das BMFSFJ die Federführung übernommen – bei den UN hat man nicht verstanden, warum zivilgesellschaftliche Akteure partout von der Politik koordiniert, d.h. auch ausgewählt werden müssen. Es wird also interessant, was auf nationaler Ebene passiert. Wer schickt wen ins Rennen und wer darf vertreten sein? Top-down oder bottom-up. Werden etwa in Deutschland das BBE (Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement) und darin vertretene Mitgliedsorganisationen der Freiwilligen die Federführung übernehmen oder wird das Ministerium den Hut aufhaben?

Hilfreich wäre folglich eine EU-Strategie zum freiwilligen Engagement, die Vorstellungen entwickelt, welche zivilgesellschaftlichen Organisationen sich in welcher Weise präsentieren können. Und darüber hinaus wäre es gut zu wissen, wohin die EU mit diesem neuen Paradigma eigentlich will. Sollen De-Effizienzen von Politik und Markt nur ausgeglichen oder korrigiert werden oder soll damit eine Debatte eines partizipativen Europas in Gang gesetzt

werden? Wenn es um Letzteres ginge, dann wäre wiederum die Rolle der Bürger auf nationaler sowie auf europäischer Ebene zu klären.

Daran schließt sich aber unmittelbar eine weitere Problematik an. Es ist nicht nur eine Frage, wer sich beteiligen kann und wer organisiert, sondern auf einer sehr viel unmittelbareren Ebene eine Frage, wer sich in Europa engagiert. Wir wissen aus einigen nationalen Surveys zu zivilgesellschaftlichen Organisationen und Akteuren, dass es auch in der Zivilgesellschaft zu Exklusionsprozessen kommt. Gemeint ist damit, dass sich nicht alle Bürger, sondern überwiegend Menschen mit guter Bildung und höherem Einkommen engagieren. Selbst hervorragende nationale und europäische Programme, wie etwa der Europäische Freiwilligendienst, haben damit zu kämpfen, Menschen aus so genannten bildungsfernen Schichten zu beteiligen. Offensichtlich gelingt es bislang nicht, eine gleichmäßige Partizipation unterschiedlicher Gruppen zu gewährleisten, und es muss gefordert werden, gerade in dieser Hinsicht soziale Ungleichheiten (auch zwischen Männern und Frauen sowie ‚Einheimischen‘ und Migranten) zu thematisieren. Europa entdeckt zwar seine Bürger als zivilgesellschaftliche Ressource, aber zugespitzt gesagt nur jene, die sich Engagement ‚leisten‘ können. Weder gibt es eine Diskussion, wie Engagement in der Familie, den Bildungseinrichtungen oder am Arbeitsplatz gelernt wird, noch wird debattiert, ob und wie weit eine Monetarisierung des freiwilligen Engagements, d.h. eine Bezahlung über eine Aufwandsentschädigung hinaus, sinnvoll ist. Das Spannungsverhältnis zwischen Erwerbsarbeit und Engagement bleibt ungeklärt, ebenso die Rolle des 3. Sektors. Auch wissen wir wenig darüber, wie viele und welche Bevölkerungsgruppen sich in den einzelnen Mitgliedsländern engagieren, und welche (kulturell unterschiedlichen) Motive sie haben.

Vom "Nutzen" für die globalen Märkte

Die Diskussionen zu zivilgesellschaftlichen Aktionen und Organisationen verlaufen recht einseitig. Wenig wird über den Eigensinn von Engagement und über das Spezifische des Zivilgesellschaftlichen geredet. Es überwiegt vielmehr eine Nutzendiskussion im Hinblick auf „employability“ oder Mobilität. Aus der Perspektive von „employability“ werden Markt und Zivilgesellschaft ineinander gesetzt: Aktive Bürger, so die Annahme, verfügen zugleich über nicht formale oder informelle Kompetenzen, die arbeitsmarktrelevant sein können (und deshalb sei es hilfreich, Engagierte mit einem Aktivitätspass auszustatten). Oder: Erwerbslose könnten sich engagieren und somit einen Übergang in das Beschäftigungssystem finden. Und Mobilität (oder die Beseitigung von Mobilitätshindernissen) wird nicht als eine Erweiterung von Erfahrung gedacht, sondern als Einüben von Flexibilität, die auf globalen Märkten nützlich sein kann. Jugendliche, die beispielsweise im entwicklungspolitischen Freiwilligendienst (unter dem Einfluss ihres bürgerlichen Elternhauses) ihren kulturellen Horizont erweitern wollen, haben stets im Auge, dass sich Auslandsaufenthalte gut vermarkten lassen, also „employable“ machen. Das gleiche gilt für Praktika und andere Formen der Mobilität. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: All diese Programme sind in einem hohen Maße begrüßenswert – aber es kommt darauf an, wie derartige Angebote auf nationaler oder europäischer Ebene den jungen Menschen vermittelt werden. Wünschenswert wäre, nicht derartige „soft skills“ zu betonen, sondern Engagement als einen Bildungsprozess zu verstehen, der Partizipation sowie Entfaltung von zivilen Möglichkeitsräumen und damit eine europäische Bürgerschaftlichkeit hervorbringen könnte.

Problematisch ist ebenso, zivilgesellschaftliche Potenziale nur im Hinblick auf eine Stärkung der Politik zu sehen. Wenn sich Politik nicht vermitteln kann und Menschen nicht erreicht werden, dann ist auch eine in dieser Weise instrumentalisierte Zivilgesellschaft überfordert – europäische Entscheidungsprozesse lassen sich so nicht demokratisieren.

Dies führt zum letzten Fragenkomplex. Welche Vorstellung hat man eigentlich in Brüssel und in den einzelnen Ländern von einem Zusammenwirken der nationalen und europäischen Ebene? Der Befund ist derzeit, dass es zwar auf europäischer Ebene kaum konkrete Vorstellungen oder Konzepte zivilgesellschaftlicher Partizipation gibt, dass sich aber national teilweise sehr viel, manches Mal auch sehr wenig entwickelt hat. Dabei geht es hier nicht um die Frage, in welchem Mitgliedsland zivilgesellschaftliche Strukturen am ‚besten‘ funktionieren, also um Zahl, Größe und Wirkungsgrad der zivilgesellschaftlichen Organisationen oder Umfang des freiwilligen Engagements, sondern darum, wie nationale und europäische Ebenen ineinander greifen und Akteure voneinander lernen können. Eine wechselseitige Beeinflussung ist denkbar. So haben sich einerseits in einzelnen Ländern Foren, Plattformen und Kommissionen entwickelt, die wie Laboratorien wirken und das Verständnis von Zivilgesellschaft und Engagementpolitik auf EU-Ebene beeinflusst haben. Die EU hat gelernt, was zivilgesellschaftliche Organisationen und Akteure bewirken können.

Für eine Europäische Engagement-Charta

Andererseits haben EU-Programme, wie der Europäische Freiwilligendienst, dazu geführt, dass auf nationaler Ebene Sensibilität erzeugt wurde, etwa für die Rolle von Freiwilligendiensten. Doch was muss über derartige Programme hinaus von der EU eingefordert werden? In erster Linie bräuchte es eine zivilgesellschaftliche Vision, eine Europäische Charta, die gemeinsame Werte im Hinblick auf Partizipation und Gestaltung zum Ausdruck bringt, sowie eine Infrastruktur, die grenzüberschreitende Netzwerkbildung ermöglicht und unterstützt. Nicht zuletzt ist die europäische Wissenschaft gefordert, Theoriebildung voranzutreiben, prozessorientierte und partizipative Evaluierungsverfahren zu entwickeln sowie gute europäische Praxis zu identifizieren.

Thema: Bürgerschaftliches Engagement und das soziale Europa

Juni 2009

Eine nationale Engagementstrategie muss auch europäisch sein.

Hans-Georg Wicke, JUGEND für Europa

Warum braucht die künftige nationale Engagementstrategie eine europäische Dimension? Thesen und Handlungsempfehlungen von JUGEND für Europa.

Unter Federführung des BMFSFJ will die Bundesregierung noch bis zu den Wahlen eine „nationale Engagementstrategie“ diskutieren und verabschieden. Als Grundlage der Debatte dienen die Handlungsempfehlungen von 250 ExpertInnen, die im Rahmen des, vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement organisierten, „Nationalen Forums für Engagement und Partizipation“ im Vorfeld erarbeitet und Mitte Juni an die Bundesregierung übergeben wurden.

Das Thema „Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation in Europa“ wurde als eines von insgesamt zehn Themen in das Forum integriert und soll Bestandteil einer nationalen Engagementstrategie werden. In zwei eintägigen Workshops haben sich ca. 20 ExpertInnen diesem Thema in besonderem Maße gewidmet und Handlungsfelder für eine deutsche Engagementstrategie benannt.

Nationale Engagementstrategie und Europa? Was hat das miteinander zu tun?

Unsere Ausgangsthesen:

1. Es existiert keine in sich zusammenhängende Engagementstrategie auf europäischer Ebene. In einigen wenigen EU-Politikbereichen steht bürgerschaftliches Engagement mit zumeist sehr bruchstückhaften Maßnahmen auf der Tagesordnung.
2. Der Jugendbereich hat unter engagementpolitischen Aspekten in Europa eine Vorreiterrolle übernommen: Hier hat die weitestgehende Entwicklung mit Blick auf das Thema „Engagement und Partizipation“ in den letzten 15 Jahren stattgefunden. Daraus ist eine nicht umfassende, aber - auf die Zielgruppe bezogen - sehr weitgehende engagementpolitische Konzeption mit zentralen Eckpfeilern und Maßnahmen entstanden.
3. Europa hat in der nationalen Diskussion um Strategien bürgerschaftlichen Engagements bisher keine Rolle gespielt und ist

weit davon entfernt, bei den im „Engagementbereich“ tätigen Einrichtungen und Strukturen angekommen zu sein. Die Notwendigkeit, sich unter engagementpolitischen Gesichtspunkten der Gestaltung Europas als einem eigenen politischen Handlungs- und Gestaltungsfeld zu widmen, wird bisher verkannt. Es besteht darüber hinaus die Schwierigkeit, die Wechselwirkung zwischen europäischen und nationalen Politikstrategien und Maßnahmen zu erkennen und daraus Schlüsse zu ziehen.

Warum soll sich eine Engagementstrategie auf nationaler Ebene überhaupt mit europäischen Fragestellungen auseinandersetzen? Welchen Mehrwert hat es, Europa in eine nationale Engagementstrategie zu integrieren?

Anhand des Jugendbereiches wollen wir die bisherigen Entwicklungen und Wechselwirkungen beleuchten:

Wirkung 1: Partizipation hält Einzug in die europäische Verfassung

Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation sind schon frühzeitig, spätestens aber mit der 3. Phase des EU-Förderprogramms Jugend für Europa ab 1995, auf europäischer Ebene inhaltlich miteinander verbunden.

Seit Jugend für Europa III werden jährlich hunderte sogenannter Jugendinitiativprojekte systematisch gefördert. Diese erheben das selbstorganisierte bürgerschaftliche Engagement junger Menschen zum Prinzip und Ziel des Programms sind Bestandteil der Strategie zur Beteiligung junger Menschen an Gesellschaft und Politik. Letzteres wird zudem seit JUGEND IN AKTION verstärkt durch die Förderung von Partizipationsmodellen sowie die strukturierte Beteiligung junger Menschen an politischen Meinungsbildungsprozessen unterstützt.

Von hier aus lässt sich auf der Wirkungsebene eine direkte Linie zur „Europäischen Verfassung“ ziehen: Die Praxis der verschiedenen EU-Förderprogramme begründet die (noch nicht verabschiedete) Ergänzung des Lissabon-Vertrags, der in Artikel 149 (182) neben der Förderung des Ausbaus des Jugendaustauschs und des Austauschs sozialpädagogischer Betreuer nun auch die „verstärkte Beteiligung der Jugendlichen am demokratischen Leben in Europa“ zum Ziel der EU erhebt.

Wirkung 2: Entstehung eines Modells für Freiwilligendienste in Europa

Die Entwicklung und der Ausbau von Freiwilligendiensten ist zentraler Bestandteil von bürgerschaftlichem Engagement im Jugendbereich in Europa. 1996 wurde in einer Pilotphase der Europäische Freiwilligendienst (EFD) erprobt, seit 1998 wird er systematisch gefördert. Mit dem EFD ist der erste Freiwilligendienst auf europäischer Ebene installiert und erfolgreich implementiert worden.

In der Folge wurden auf europäischer Ebene Fördermechanismen entwickelt und Strukturen für die Durchführung von Freiwilligendiensten geschaffen. Mehr noch: Mit dem EFD wurde erstmals eine gemeinsame Verständigung darüber herbei geführt, was ein „Freiwilliger“ ist. Erstmals wurde eine

gemeinsame europäische Definition für „Freiwilligendienst“ getroffen. Und erstmal wurde mit dem EFD als Modell eine Einigung darüber erzielt, unter welchen Bedingungen Freiwilligendienste stattfinden müssen, wenn sie ihrem Anspruch gerecht werden wollen.

Dies war auf EU-Ebene neu und bahnbrechend und hat z.B. zur Einrichtung von nahezu modellgleichen Freiwilligendiensten für Senioren (im Rahmen des Grundtvig-Programms) geführt. Über den Jugendbereich erhält das Bürgerschaftliche Engagement nun sogar Einzug in die Sozialagenda und damit in die für die EU zentrale Politikstrategie der nächsten Jahre. In vielen Mitgliedstaaten hat sich dies auf die Entwicklung nationaler Freiwilligen(-dienst)politiken ausgewirkt: Es wurden Debatten über Freiwilligendienste angestoßen, in manchen Ländern ein Umdenken traditioneller Freiwilligenpolitik eingeleitet und teilweise wurden gesetzliche Regelungen für nationale Freiwilligendienste erreicht.

Wirkung 3: Mehr transnationale Mobilität in Freiwilligendiensten

Der EFD hat der Mobilität in Freiwilligendiensten eine neue Dimension gegeben. Er war der erste Freiwilligendienst mit einer ausschließlichen internationalen Dimension. Der EFD folgt damit der zunehmenden Nachfrage junger Menschen und hat die Idee internationaler Freiwilligendienste aus dem Schattendasein der gängigen Freiwilligendienstpraxis in Deutschland geführt. Inzwischen gibt es eine kaum überschaubare Anzahl internationaler Freiwilligendienste in Deutschland.

Allerdings unterscheidet sie immer noch eines wesentlich vom EFD: Er war und ist der einzige Freiwilligendienst, der auf eine gemeinsame internationale Gestaltung der Bedingungen setzt und dies konsequent europäisch umsetzt. Dies führt zu Problemen in der praktischen Umsetzung, vor allem hinterfragt dieser Ansatz aber die Bedingungen der aus rein nationaler Perspektive gestalteten Freiwilligendienste).

In 2008 wurde mit der Empfehlung des Rates zur Mobilität junger Freiwilliger erstmals auf europäischer Ebene eine Einigung aller Mitgliedstaaten zur Implementierung einer internationalen (Mobilitäts-)Dimension in allen Freiwilligendiensten erzielt. Der Rat beschließt konkrete Schritte zur Umsetzung, über die Bericht zu erstatten ist. Ein Stützpfeiler wird die Mobilitätscharta in der EU bilden, die im Wesentlichen auf den grundlegenden Prinzipien des EFD beruht. Gleichzeitig hat der EFD Wirkungen auf die Beseitigung von Mobilitätshindernissen gehabt. Die Verabschiedung der „Richtlinie zur Zulassung von Drittstaatenangehörigen zur Absolvierung (...) eines Freiwilligendienstes“ in 2004 ermöglicht Bürgern außerhalb der EU die Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung für 3-12 Monate zur Ableistung von Freiwilligendiensten.

Wirkung 4: Internationale Freiwilligendienste als Teil lebenslangen Lernens

Mit dem EFD wurde die Debatte um internationale Freiwilligendienste und deren Wirkung auf das Lebenslange Lernen junger Menschen bereichert: Die besondere Bedeutung von internationalen Erfahrungen; Die besondere Lernleistung in internationalen Freiwilligendiensten; Die Besonderheit einer

europäischen Dimension.

Der EFD war von Beginn an als Lerndienst konzipiert. Dies war bei seinem Start zwar innovativ, dennoch zunächst sehr ungewöhnlich und hat in Deutschland mit seiner Freiwilligentradition zu Irritationen geführt. Inzwischen sind Freiwilligendienste als Lerndienste in aller Munde. Es ist kein Zufall, dass mit Youthpass ein europäisches Instrument zur Anerkennung von freiwilligem Engagement und des Kompetenzerwerbs in Freiwilligendiensten (inzwischen auch für Jugendinitiativen) entwickelt und implementiert wurde. Der Erfolg von Youthpass wird sich perspektivisch auf die nationale Praxis der Anerkennung des nicht formalen und informellen Kompetenzerwerbs in Freiwilligendiensten auswirken.

Mit der Einführung der Offenen Methode der Koordinierung im Jugendbereich wurden im Jahr 2004 konkrete Zielsetzungen und Maßnahmenbündel zur Förderung von Freiwilligentätigkeiten junger Menschen auf europäischer Ebene und in den Mitgliedstaaten verabschiedet. Die Entschließung der Jugendminister kann als ein europäischer Engagementplan im Jugendbereich verstanden werden: Die Jugendminister haben gemeinsame Ziele, Maßnahmen, Berichterstattungen und Zeitpläne vereinbart – sicher nicht allumfassend, aber unter den gegebenen politischen Bedingungen nicht vorhandener Kompetenzen der EU in diesem Bereich, sehr weitgehend, konkret und nützlich – allerdings nur dann, wenn die Beschlüsse mehr als bisher auch in die Realität umgesetzt werden. Möglicherweise verändert sich dies durch die neue Jugendstrategie der EU. Die EU-Kommission hat ihre entsprechenden Überlegungen im April vorgestellt, die Jugendminister werden ihre Position dazu im November beschließen. Der Bereich des freiwilligen Engagements junger Menschen wird als einer von acht Politikbereichen für die nächsten 9 Jahre vorgeschlagen.

Europa muss Teil einer nationalen Engagementstrategie sein.

Welche Erkenntnisse können aus den europäischen Entwicklungen im Jugendbereich für die deutsche Debatte gezogen werden? Welche Handlungsempfehlungen lassen sich daraus für eine nationale Engagementstrategie in Deutschland ableiten – mit Wirkung von Deutschland auf Europa und mit Wirkung von Europa auf Deutschland?

Unsere Schlüsse lauten:

1. Zur Weiterentwicklung der Bemühungen für eine europäische Engagementstrategie muss der Jugendbereich in seiner engagementpolitischen Vorreiterrolle in Europa gestärkt werden:
 - a. Die neue EU-Jugendstrategie bis 2018 benötigt ein kohärentes Konzept für bürgerschaftliches Engagement im Jugendbereich. Diese engagementpolitische Dimension muss stärker in die Diskussionen und die Verabschiedung der neuen jugendpolitischen Agenda einfließen.
 - b. Der Europäische Freiwilligendienst muss quantitativ in einer angemessenen Form ausgebaut und qualitativ in seiner Funktion als „Laboratorium“ für die Entwicklung von Freiwilligendiensten in Europa gestärkt werden.

c. Die Entwicklung von Youthpass als europäisches Instrument zur Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement in JUGEND IN AKTION muss gestärkt und die dort gewonnenen Erfahrungen als Ausgangspunkt für die gemeinsame Entwicklung engagementpolitischer Anerkennungsinstrumente in Europa genutzt werden.

d. Auf der Basis der im EFD gewonnenen Erkenntnisse müssen gemeinsame europäische Qualitätsstandards und Systeme für Qualitätssicherung in Freiwilligendiensten auf Ebene der EU und in den Mitgliedstaaten vorangetrieben werden.

e. Die erzielten Einigungen in Europa im Bereich der Freiwilligendienste sollten Grundlage für die Entwicklung einer europäischen Charta für freiwilliges Engagement sein.

2. Die engagementpolitischen Komponenten der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa müssen auf nationaler Ebene weiter entwickelt und die vorhandenen Ansätze genutzt werden:

a. Die vorhandenen Beschlüsse im Rahmen der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa (OMK; Mobilitätsempfehlung) müssen in Deutschland aktiv umgesetzt werden.

b. Die bestehenden Formen grenzüberschreitender Freiwilligendienste sind auszubauen, sowohl auf der Entsende-, als auch der Aufnahmeseite und hinsichtlich ihrer internationalen Dimension zu überprüfen.

c. Es müssen in Deutschland mehr Informationen über bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste in Europa verbreitet werden.

d. Der Wissenstransfer bei den Akteuren über bürgerschaftliches Engagement in Europa muss verstärkt werden. Dafür braucht es den Aufbau und die Weiterentwicklung von europäischen Netzwerken und das „Capacity Building“ bei verantwortlichen Akteuren.

e. Der Abbau von Mobilitätshindernissen in Freiwilligendiensten ist in Deutschland in all seinen notwendigen Facetten voran zu treiben.

Voluntary Activities of Young People – the European Point of View

Tine Radinja, Präsident des Europäischen Jugendforums (EYF)

The European Youth Forum (YFJ) believes that volunteering and participation in youth organisations lie at the heart of democracy, that they are dynamic forces for social inclusion and active citizenship. Volunteering policy is a crucial issue to almost 100 member organisations of the YFJ – being volunteer-based, volunteer-led and representing millions of young people engaged in voluntary activities every day.^[1] Therefore, volunteering is the basis for the work of the YFJ, the rights of volunteers are among its concerns, and the forthcoming European Year of Volunteering 2011 is seen as one of the opportunities to recognise and promote the value of volunteering.

How to define the contribution of volunteering?

The YFJ is aware that the broad spectrum of 'voluntary activities' in Europe offers a wide range of interpretation of what volunteering is. The Youth Forum believes that the following criteria define voluntary activities:

- Volunteering is an activity undertaken by a person's own freewill and involves the commitment of time and energy to actions of benefit to others and to society as a whole;
- The activity is unpaid but can include reimbursement of expenses directly related to the voluntary activity;
- Volunteering is for a non-profit cause and is primarily undertaken within a non-governmental organisation and therefore cannot be motivated by material or financial gain;
- Volunteering should not be used to substitute or replace paid employment.^[2]

What is the added value of volunteering?

Volunteering gives an incalculable contribution to the economic, social, cultural, and environmental well-being of society. Volunteering is an expression of the individuals' involvement in their community and in the European community.^[3] It puts into practice European values of solidarity and diversity, as volunteers are among the main agents of social inclusion. The number of volunteering initiatives in this area demonstrates that

volunteering is an important factor for the integration of migrants in host communities. Volunteering is conducive to tolerance, peace building, conflict resolution, and reconciliation of divided societies. Social services largely depend on the contribution of volunteers, and finally volunteering is an economic factor.

Volunteering also contributes to the personal and professional development of individuals. It allows young volunteers to develop skills and gain experiences that are barely offered in formal educational settings or in the vocational training sector. Volunteering is part of an informal and non-formal lifelong learning process; volunteers are also more likely to develop additional skills and to gain experiences that enhance active civic engagement in participatory organisations that give young people the chance to get actively involved in democratic processes.

Towards a European Area of Volunteering?

The YFJ has been involved in policy processes around volunteering at European level and especially the discussions of establishing a European Area of Volunteering. The European Area of Volunteering should not be built by policy makers only. In fact, before policy makers gave it the necessary attention, volunteer organisations had already been constructing the European dimension by giving mobility opportunities to volunteers and by connecting different organisations in European platforms. Volunteering needs to be promoted, and one of the best ways of doing that is to support volunteering organisations. The YFJ believes that the focus needs to lie on volunteers and volunteering organisations, as they are the most relevant actors in the voluntary field in Europe.

One of the possible ways to enhance the rights and recognition of volunteers would be the adoption of a European Framework on Rights of Volunteers. A common framework defining the rights and responsibilities of volunteers is needed, and the responsibilities of organisations towards volunteers need to be elaborated. Furthermore, the role of political authorities supporting volunteering organisations should be clarified. With such an all-encompassing tool the rights and responsibilities of different actors and the social and economic value of volunteering would find their proper recognition in society.

How to maximise the impact of the European Year of Volunteering 2011?

The European Commission is currently working towards a European Year of Volunteering 2011. The YFJ is a strong partner in the 'European Year of Volunteering 2011 alliance', representing young volunteers within this grouping of 19 NGOs. After an intensive two and a half year campaign the YFJ is happy to see that the European Commission has taken up this civil society initiative and hopes that it will be followed with sufficient visibility and funding.

There is a high need for recognition of volunteering activities, and the European Year of Volunteering has the potential to ensure it, to acknowledge, celebrate, and promote the volunteers' engagement throughout the EU. In parallel with the EU, the volunteers and volunteer organisations themselves should take this chance and make their voice heard not only at European level but also at national, regional, and particularly local level. The Year is the

time to celebrate volunteering, but also to raise awareness, to gain recognition of volunteering from policy makers, business, and civil society organisations. The YFJ will continue striving to assure that the European Year of Volunteering 2011 will celebrate, support, and empower the 100 million European volunteers and their diverse volunteer organisations where this is most needed – at local level.

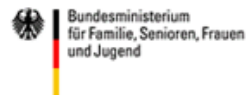
[1]0522-08_InputYFJ_ECconcept2008

[2]0416-04 YFJ Policy paper on Volunteering

[3]0416-04 YFJ Policy paper on Volunteering

© 2009 JUGEND für Europa

[Impressum](#)



Eine Frage der Ehre: Gemeinsame europäische Zielsetzungen für freiwillige Aktivitäten von Jugendlichen

Helle Becker, freie Publizistin

Was sind „Freiwilligentätigkeiten von Jugendlichen“? Eigentlich geht es mit dieser Frage schon los, wenn auf EU-Ebene zwischen den Mitgliedstaaten darüber nachgedacht wird, wie diese gefördert werden können. Dass man genau das will, zumindest darin ist man sich einig. Immerhin legten die für Jugend zuständigen Minister und Ministerinnen im Jahr 2004 „Gemeinsame Zielsetzungen für freiwillige Aktivitäten von jungen Menschen“ fest.

Im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) bedeuten diese Beschlüsse, dass die Mitgliedstaaten in Politikfeldern, die sie als besonders wichtig erachten, Maßnahmen ergreifen, um gemeinsame Ziele zu erreichen, gegenseitig Erfahrungen austauschen und sich regelmäßig Rechenschaft über das Erreichte geben. Für den Bereich „freiwillige Aktivitäten von jungen Menschen“ setzten sie sich vier Ziele mit jeweils zwei bis sechs Aktionsfeldern.

Definitionssache

Aber noch einmal zurück zu den „Freiwilligentätigkeiten“. Denn bevor die ohnehin sehr unterschiedlichen Strukturen und Instrumente in den Mitgliedstaaten betrachtet werden können, muss klar gemacht werden, wovon die Rede ist. Das versuchte die Kommission, indem sie im Vorfeld des Ministerbeschlusses in einer Mitteilung^[1] einige Definitionen vorgab:

- Freiwillige Aktivitäten oder „Freiwilligentätigkeiten“ (voluntary activities) sind alle Arten freiwilligen Engagements. Diese sind charakterisiert durch folgende Aspekte: Sie sind für alle zugänglich, unbezahlt, freiwillig, beinhalten einen nicht-formalen Bildungsanspruch und haben einen sozialen bzw. gemeinnützigen Wert. In Deutschland deckt diese Definition viele Aktivitäten im Bereich der Jugend- und Jugendverbandsarbeit ab.
- Freiwilliger Dienst (voluntary service) ist ein Teilbereich freiwilliger Aktivitäten, findet allerdings nur innerhalb eines festgelegten Zeitraums statt, mit klaren Zielen, Inhalten, Aufgaben, Strukturen und Rahmensetzungen, mit einer angemessenen Betreuung und Sozialschutz. Diese Definition entspricht dem, was wir in Deutschland und Europa als Ehrenamt oder bürgerschaftliches Engagement kennen.

- Als Civic Service wird ein freiwilliger Dienst definiert, der vom Staat oder im Namen des Staates, z.B. im Bereich sozialer Dienstleistungen oder des Zivilschutzes, organisiert wird. Dies wären in Deutschland z.B. Freiwilligendienste wie das Freiwilligen Soziale Jahr, das Freiwillige Ökologische Jahr oder das Freiwillige Soziale Jahr in der Kultur. Hier fängt die europäische Definition jedoch auch an, zu „klappern“, da der Freiwilligendienst in Deutschland (und nicht nur dort) zwar gesetzlich geregelt, ansonsten aber im Organisationsbereich von Nicht-Regierungs-Organisationen liegt. Der Bericht der Bundesregierung^[2] gibt denn auch einen Überblick über die Bandbreite der freiwilligen Aktivitäten von Jugendlichen in Deutschland (siehe auch jugendpolitikineuropa.de). Die internationale Definition von „Civic Service“ geht jedenfalls darüber hinaus. Hier sind alle (strukturierten, programmformigen) Arten von Freiwilligendienst (also z.B. auch Workcamps etc.) gemeint.
- Und nicht zuletzt gibt es den Zivildienst (civilian service), der als Alternative zum Militärdienst – allerdings nicht freiwillig - geleistet wird.

Die Definitionen zeigen bereits die Schwierigkeit, sich jenseits von Traditionen, gesellschaftlichen Eigenheiten und sozialen Systemen auf einer allgemein-europäischen Ebene zu verständigen, worum es denn nun bei den vier vereinbarten gemeinsamen Zielen gehen soll:

1. Förderung der Freiwilligentätigkeit für Jugendliche durch eine bessere Kenntnis der bestehenden Möglichkeiten, durch die Erweiterung ihres Spektrums und Qualitätssteigerung,
2. Erleichterung des freiwilligen Engagements Jugendlicher durch Beseitigung bestehender Hindernisse wie Einreisekontrollen, Visa und Einreisevoraussetzungen,
3. Förderung der Freiwilligentätigkeit von Jugendlichen durch die Stärkung ihrer Solidarität und ihres Engagements als verantwortliche Bürger bei gleichzeitiger Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung und Rollenklischees sowie Förderung der Gleichstellung,
4. Anerkennung der Freiwilligentätigkeit von Jugendlichen durch die Anerkennung ihrer persönlichen Fähigkeiten und ihres Engagements für die Gesellschaft sowie der Bedeutung der Freiwilligentätigkeit für einen erleichterten Übergang von der Schule und Ausbildung ins Arbeits- und Erwachsenenleben.

Überall geht was

Drei Jahre nach dem Beschluss der Jugendminister, im September 2007, reichten dann alle Mitgliedstaaten ihre Berichte ein, in denen sie darlegten, was in den jeweiligen Ländern zur Förderung der „Freiwilligentätigkeit“ von Jugendlichen getan wurde^[3]. Damit gab es einen ersten Überblick, der Erfreuliches zutage brachte:

- Alle Mitgliedstaaten fördern freiwillige Aktivitäten von Jugendlichen, entweder politisch, gesetzlich oder finanziell.
- Etliche Länder, darunter Deutschland, haben eine gesetzliche Absicherung für Freiwilligendienste und auch eine nationale Politikstrategie, diese zu fördern.
- Alle Mitgliedstaaten haben die Möglichkeiten für kurzfristige Freiwilligentätigkeiten verbessert.
- Alle Mitgliedstaaten haben die finanzielle Förderung für Freiwilligentätigkeiten - entweder für Organisationen,

- Freiwilligenprogramme oder Einzelmaßnahmen - verbessert.
- In vielen Mitgliedsländern gibt es Instrumente, die von den Jugendlichen erworbenen Kompetenzen anzuerkennen – Bescheinigungen, Nachweise, „Pässe“ oder Berichte. Auf EU-Ebene ist dies der „Youthpass“, der seit 2005 entwickelt wurde und inzwischen im Rahmen des EU-Programms JUGEND IN AKTION erfolgreiche Anwendung findet.
- Die Nationalen Agenturen für JUGEND IN AKTION spielen eine konstruktive und fördernde Rolle und bieten unter anderem Austausch über gute Praxis und Qualifizierungsmaßnahmen. Mit JUGEND IN AKTION wurden auch Ex-Freiwilligen-Maßnahmen etabliert.

Die Kommission wertete diese positive Bilanz als Ergebnis der europäischen Zusammenarbeit. Europa zieht vorwärts, sozusagen. Wenn auch einige Mitgliedstaaten 2003 während einer ersten „Europäischen Konferenz zum Freiwilligendienst und Jugend“ reserviert auf den Vorschlag reagiert hatten, ihre (offiziellen) Freiwilligendienste mit den transnationalen Maßnahmen wie dem Europäischen Freiwilligendienst (EFD) zu harmonisieren.

Aber vielerorts hakt es auch

Abgesehen davon gab es noch eine Vielzahl an Punkten, die unter der Maßgabe der Gemeinsamen Zielsetzungen verbesserungsbedürftig waren und sind: In vielen Mitgliedstaaten fehlt es an finanziellen Ressourcen, an Informationsmöglichkeiten für alle Jugendlichen, an Klarheit über den sozialrechtlichen Status von Freiwilligen, bei transnationalen Maßnahmen an Regelungen in Bezug auf Visa, Versicherungen, Sozialschutz, Zertifizierung, Koordination, Betreuung, Training und Infrastruktur. Und ganz schlecht sieht es aus bei benachteiligten, vor allem arbeitslosen Jugendlichen, die den Verlust ihrer Arbeitslosenunterstützung riskieren.

Vor allem an den oft verhindernden administrativen Bedingungen beim transnationalen Freiwilligenaustausch haben auch Beschlüsse auf europäischer Ebene wie

- die Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Juli 2001 „über die Mobilität von Studierenden, in der Ausbildung stehenden Personen, Freiwilligen, Lehrkräften und Ausbildern in der Gemeinschaft“[\[4\]](#),
- die Entschließung des Rates vom 14. Februar 2002 zum „Mehrwert, den das freiwillige Engagement junger Menschen im Rahmen der Entwicklung der Gemeinschaftsaktion zugunsten der Jugend bietet“[\[5\]](#),
- die Forderung nach Abbau von Mobilitätshemmnissen im „Europäischen Pakt für die Jugend“ vom September 2004 oder
- die Richtlinie des Rates über die Bedingungen für die Zulassung von Drittstaatsangehörigen zur Absolvierung eines Studiums oder zur Teilnahme an einem Schüleraustausch, einer unbezahlten Ausbildungsmaßnahme oder einem Freiwilligendienst vom Dezember 2004

nur wenig geändert.

Und auch die Bilanz im Analysebericht von 2007, dass die Informationen zum Freiwilligendienst und Freiwilligentätigkeiten verbessert werden könnten, ist nach wie vor aktuell. Einheitliche Statistiken über die Anzahl der jugendlichen Freiwilligen in der EU und die Bedingungen freiwilliger Aktivitäten werden

ohne ein Kommissionstraum bleiben, der die Vielfalt der Systeme verkennt. Sicher ist jedoch, dass es vor allem für benachteiligte Jugendliche mehr „maßgeschneiderte“ Infoangebote geben müsste. Da helfen auch und gerade die von der Kommission gepriesenen Europäischen Jugendwochen nicht, die für den Freiwilligendienst werben. Aussichtsreicher sind da schon Initiativen wie die zwischen den deutschsprachigen Nationalagenturen, die Jugendliche ermuntern wollen, ins Ausland zu gehen, ohne erst die Sprachhemmnisse aus dem Weg räumen zu müssen. Das Europäische Jugendforum stellte in diesem Zusammenhang in einem „Shadow-Report“^[6] fest, dass mehr Jugendorganisationen nicht nur in den Bewertungsprozess, sondern vor allem in die Umsetzung der Politik zur Förderung von Freiwilligenaktivitäten einbezogen werden müssten (siehe jugendpolitikineuropa.de).

Gute Absichten – wenig Erfolge

Auf der Grundlage der Analyse der Berichte der Mitgliedstaaten machte die Kommission im September 2007 eine Reihe von Vorschlägen zur verbesserten Umsetzung der gemeinsamen Zielsetzungen.^[7] Darin forderte sie auch eine Konsultation und Folgenabschätzung zur Freiwilligenarbeit, eine Initiative zur Beseitigung von Hindernissen und zur problemloseren Anerkennung von während der Freiwilligenarbeit erworbenen Fähigkeiten (siehe jugendpolitikineuropa.de). Zwei Monate später verabschiedeten die Jugendminister eine „Entschließung über die Mobilität junger Freiwilliger innerhalb der Europäischen Union“^[8], in der die Mitgliedstaaten aufgefordert wurden, die Bedingungen für die Kooperation, zum Beispiel zwischen den Organisatoren von Freiwilligendiensten in verschiedenen Ländern, zu verbessern. Ergänzend gab es eine Entschließung des Rates „über die Umsetzung der gemeinsamen Zielsetzungen für Freiwilligentätigkeit von jungen Menschen“^[9] (siehe auch jugendpolitikineuropa.de). Mit Nachdruck forderten die europäischen Jugendminister eine bessere Umsetzung der gemeinsamen Ziele auf europäischer wie einzelstaatlicher Ebene. De facto wiederholten sie Altbekanntes. So verlangten sie mehr sozialen Schutz für Freiwillige, einen besseren Zugang insbesondere für benachteiligte junge Menschen, sektorübergreifendes Zusammenwirken verschiedener Politikbereiche und mehr Mittel zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Thema. Bis September 2008 - im Rahmen der für 2009 vorgesehenen Evaluierung der OMK im Jugendbereich - sollte ermittelt werden, auf welche Aktionslinien für Freiwilligentätigkeit von jungen Menschen die Mitgliedstaaten sich konzentrieren und welche nationalen Strategien und Maßnahmen für deren Umsetzung sie festlegen wollen.

Genau darauf warten wir bis heute. Denn auch die erneuerte jugendpolitische Strategie^[10], die der Jugendministerrat im April 2009 annahm (siehe jugendpolitikineuropa.de), gibt darüber keine Auskunft. Einziger Lichtstreif am Himmel ist das Jahr 2011, das „Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit“. Mit ihm sollen günstigere Rahmenbedingungen, eine Stärkung der Freiwilligenorganisationen und die Anerkennung von Freiwilligentätigkeiten verbunden sein. Man kann nur hoffen. Denn mittlerweile ist ein Fortschritt in dieser Sache mehr als nur eine Frage der Ehre.

^[1] Communication from the Commission to the Council: Follow-up to the White Paper on a New Impetus for European Youth. Proposed common objectives for voluntary activities among young people in response to the Council Resolution of 27 June 2002 regarding the framework of European

cooperation in the youth field - COM(2004) 337, 30.4.2004

[2] „Freiwillige Aktivitäten der Jugendlichen“ 2006. Bericht der Bundesrepublik Deutschland an die Europäische Kommission

[3] Commission Staff Working Document, accompanying document to the Communication from the Commission: Promoting young people's full participation in education, employment and society. Analysis of national reports from the Member States of the European Union concerning the implementation of the common objectives for voluntary activities of young people, Brussels, 5.9.2007, SEC(2007) 1084

[4] Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Juli 2001 über die Mobilität von Studierenden, in der Ausbildung stehenden Personen, Freiwilligen, Lehrkräften und Ausbildern in der Gemeinschaft [Amtsblatt der Europäischen Union L 215 vom 9.8.2001].

[5] Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 14. Februar 2002 zum Mehrwert, den das freiwillige Engagement junger Menschen im Rahmen der Entwicklung der Gemeinschaftsaktion zugunsten der Jugend bietet (2002/C 50/02)

[6] Voluntary Activities. European Youth Forum: Shadow report on the implementation of the third priority of the Open Method of Coordination in the youth field, 5 December 2006

[7] Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Förderung der umfassenden Beteiligung junger Menschen an Bildung, Beschäftigung und Gesellschaft vom 5.9.2007 [KOM(2007) 498 endgültig]

[8] Empfehlungen des Rates vom 20. November 2008 über die Mobilität junger Freiwilliger innerhalb der Europäischen Union (2008/C 319/03) [Amtsblatt der Europäischen Union C 319 vom 13.12.2008]

[9] Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten über die Umsetzung der gemeinsamen Zielsetzungen für Freiwilligentätigkeit von jungen Menschen vom 16. November 2007

[10] Schlussfolgerungen des Rates über die Bewertung des geltenden Rahmens für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa und über die Zukunftsperspektiven für einen erneuerten Rahmen vom 29. April 2009

European Conference on Youth: Mobility of Young Volunteers across Europe

Ein Beitrag der Tschechischen EU-Ratspräsidentschaft

This conference was organised by the Czech Ministry of Education, Youth and Sports and the National Institute of Children and Youth, on the occasion of the Czech Presidency of the European Union. The European Commission was an important partner in both setting objectives and providing the financial support of the conference. It brought together 125 specialists, politicians, non-profit and non-governmental organisations, governmental organisations and bodies, volunteers and young people working in the field of education and volunteering, with the concept of volunteering and cross border cooperation in 29 countries in order to:

- Review existing offers and opportunities for young people to volunteer on national and international levels, with a special focus on cross-border volunteering within the Youth in Action programme of the European Commission;
- Analyse existing needs for further development and improvement of volunteering for young people and volunteer programmes in terms of quality and recognition;
- Find ways of promoting volunteering beyond the spheres of the non-profit sector, at the national and international levels and explore new opportunities for young people and volunteers;
- Review non-formal education and its value within the context of volunteering;
- Discuss ways of supporting cross-border volunteering and increasing participation of young people in volunteer programmes;
- Formulate proposals for the European documents and instruments on volunteering and draw up concrete key action plans suggesting further improvement and development of volunteer programmes;
- Exchange and discuss projects for implementing volunteer programmes as good practices.

The key working document was the *Council Recommendation on Mobility of Young Volunteers across the EU*. The structure of the conference in order to reach its aims was stretched into 5 two-day workshops with specific topics: New opportunities, Quality, Recognition, Promotion and Capacity-building. The working groups of the workshops drew up some 55 key action plans that were presented to the European Commission, the Czech Ministry of Education, Youth and Sport and to all stakeholders and participants in the conference. The European Commission will establish a special working group

for monitoring the results and the key findings of the conference. The European Commission and the member states will be working further with the key findings in order to implement them in the European instruments promoting non-formal education and volunteering.

Results and conclusions

1. The conference analysed past and current offers for volunteering across Europe on the basis of evaluation of the Youth in Action Programme 2000 – 2006, and its impact on young people, looking into the Youth in Action Programme for the period 2007 - 2013. The year 2011 has been declared by the European Commission as the European Year of volunteering. It is a remarkable opportunity to raise awareness about volunteering, provide opportunities for self-education and personal development, and promote volunteer programmes and activities.

2. Obstacles in national laws limit the applicability and recognition of European volunteer programmes. National policy-makers should put all their efforts into promoting volunteer programmes to all, and making them accessible to everybody. It is not the responsibility of the European Commission to change national policies, visa relations between states, or social security for young volunteers. This is the duty of each member state.

3. Young people are vulnerable, especially at this time of the global economic downturn; they are more than twice as likely to be unemployed. The challenge is to succeed once the crisis is past. Therefore, we need to keep investing, and invest even more in young people to support them in developing their skills and competences through non-formal education and volunteer programmes.

4. Volunteering builds networks and supports collaboration and cross-border cooperation, which is one of the strongest elements in bringing about respect, tolerance, support and cooperation among different states and cultures. The European Commission is planning to launch the European Youth Volunteer Portal in order to support cross-border cooperation and volunteering *per se*.

5. The European instruments, the *European Voluntary Service Charter* and the *Quality Charter for Mobility*, are crucial legal documents assuring the quality standards of volunteering, and recognition of volunteering at the European level. The European-wide effort is to multiply youth volunteering opportunities, increase cross-border volunteering, and ensure recognition of volunteers' skills and learning experience. The *Europass* and *Youthpass* are essential self-assessment tools recognising skills and learning experience. Hence, these instruments should be widely promoted and implemented in all member states.

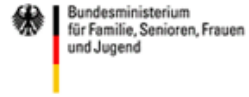
6. Support for the mobility of young volunteers across Europe and across borders is explicitly stated in the *Council Recommendation on Mobility of Young Volunteers across the EU* with the vision that all member states continue the implementation of the Recommendation. The European Commission will assist and support the implementation of the Council Recommendation in member states. In June 2009, a *Green Paper* on promoting the learning mobility of young people will be published. The Paper aims to encourage a new partnership for mobility, involving all stakeholders so that every young European has the opportunity to benefit from learning

mobility. The new policy framework will aim to create more opportunities for young people in education and employment; improve young people's access to quality social services and civic participation; and foster youth solidarity with society and the world.

Download the full version of the Final Report [here](#)

© 2009 JUGEND für Europa

[Impressum](#)



Thema: Bürgerschaftliches Engagement und das soziale Europa

Juni 2009

Mehr Mobilität für junge Freiwillige

Karin Lopatta-Loibl, jugendpolitisches Referat der EU-Kommission,
Generaldirektion Bildung und Kultur

Die Mobilität europäischer Bürger und Bürgerinnen ist ein Kernstück der europäischen Werte und ist im Grundsatz der Freizügigkeit von Personen in Artikel 18 EG-Vertrag verankert. Sie stand auch am Anfang der Aktivitäten der Europäischen Union (EU) für Jugendliche. Seit 20 Jahren gibt es EU-Programme für Jugendliche, die auf einen Austausch Jugendlicher in der EU gerichtet sind. Die seit 2001 bestehende jugendpolitische Zusammenarbeit auf EU-Ebene fördert diesen Aspekt ebenfalls. Derzeit bereitet die europäische Kommission ein Grünbuch zur Mobilität junger Menschen vor. Mit der Annahme wird vor dem Sommer 2009 gerechnet.

Im Bereich der freiwilligen Aktivitäten Jugendlicher ist es bisher insbesondere der Europäische Freiwilligendienst (EFD)^[1], sowie seit 2008 auch das Projekt Amicus^[2], die es Jugendlichen ermöglichen, sich in anderen Ländern freiwillig zu engagieren. Auf politischer Ebene förderten die Ratsentschlüsse von 2004^[3] und 2007 dieses Bestreben. Seit 2008 gibt es dafür jedoch ein spezielles Instrument, nämlich eine Ratsempfehlung.

Eine europäische Mobilitätsempfehlung

Die Europäische Kommission ist von der Notwendigkeit einer stärkeren Mobilität junger Freiwilliger überzeugt. Deshalb hat sie im Juli 2008 den Vorschlag für eine Ratsempfehlung über die europaweite Mobilität junger Freiwilliger^[4] vorgelegt. Dieser Vorschlag wurde vom Rat der Jugendminister der EU in der Ratsempfehlung über die Mobilität junger Freiwilliger innerhalb der Europäischen Union vom November 2008^[5] aufgegriffen. Darin einigten sich die Jugendminister auf eine stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den zivilgesellschaftlichen und staatlichen Stellen, die Freiwilligentätigkeiten in den verschiedenen Mitgliedstaaten der EU organisieren. Die Jugendminister haben im Wesentlichen folgenden Maßnahmenkatalog angenommen:

- Verbesserung des Kenntnisstandes über grenzüberschreitende Freiwilligentätigkeiten
- Schaffung von Möglichkeiten für grenzüberschreitende Freiwilligentätigkeiten Jugendlicher
- Sicherstellung von Qualität durch Selbstbewertungsinstrumente von Organisationen, die freiwillige Tätigkeiten anbieten
- Anerkennung der durch die Freiwilligentätigkeiten erreichten

- Lernergebnisse durch Instrumente wie Europass und Youthpass
- Förderung grenzüberschreitender Mobilität von Jugendarbeitern und in Jugendorganisationen aktiven Jugendlichen
- Erleichterung des Zugangs zu Freiwilligentätigkeiten für benachteiligte junge Menschen.

Die Umsetzung der Ratsempfehlung liegt in den Händen der Mitgliedstaaten. Nichtregierungsorganisationen kommt dabei ebenfalls eine wichtige Rolle zu. Die Kommission unterstützt die Bemühungen unter anderem durch die Einsetzung einer Expertengruppe und die Entwicklung eines Freiwilligen-Jugendportals. Die tschechische Ratspräsidentschaft hat durch die zeitnahe Organisation einer Konferenz^[6] im März 2009 einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung geleistet.

Anerkennung der Freiwilligentätigkeit

Wie ausgeführt wurde, ist die Anerkennung der durch das freiwillige Engagement Jugendlicher erworbenen Fähigkeiten ein wichtiger Bestandteil der Ratsempfehlung über die europaweite Mobilität junger Freiwilliger. Die EU ist schon seit Jahren bemüht, eine bessere Anerkennung der Aktivitäten junger Freiwilliger sicherzustellen. Täglich engagieren sich tausende Jugendliche überall in der EU freiwillig für andere. Ihr Beitrag zu unserer Gesellschaft ist in jeder Hinsicht, auch sozial und ökonomisch, bedeutend. Daher ist es sehr wichtig, diesen Beitrag nicht nur sichtbar zu machen, sondern auch das Engagement dieser jungen Menschen anzuerkennen. Eine offizielle Anerkennung der von ihnen erbrachten Leistung und der durch die Freiwilligentätigkeit erworbenen Fähigkeiten könnte ihnen helfen, leichter einen Arbeitsplatz zu finden. Dieser Aspekt ist in Zeiten hoher Jugendarbeitslosigkeit, ökonomischer Unsicherheit und finanzieller Krise wichtiger denn je, ebenso wie der solidarische Beitrag, den die Freiwilligen leisten. Auf europäischer Ebene trägt vor allem die vom SALTO Training and Cooperation Resource Centre und der Deutschen Agentur des EU-Jugendprogramms unterstützte Entwicklung von Youthpass für das Programm JUGEND IN AKTION sowie die Weiterentwicklung von Europass zu einer europaweiten kohärenten Anerkennung bei.

Europäische Beispiele guter Praxis

In diesem Zusammenhang ist es interessant, einen vergleichenden Blick auf Instrumente der Anerkennung in den Mitgliedstaaten der EU zu werfen. Im Analysebericht der Europäischen Kommission über freiwillige Aktivitäten Jugendlicher^[7] vom September 2007 finden sich einige interessante Beispiele^[8]. In einigen Mitgliedstaaten erhalten junge Freiwillige Zertifikate oder andere Dokumente, so zum Beispiel

- in Finnland, wo das „Recreational Activity Study Book“ (Studienbuch über Freizeitaktivitäten) der Jugendakademie einen Überblick über die Fähigkeiten und Lernerfahrungen Jugendlicher gibt.
- Frankreich hat 2005 den „Passeport de l'engagement“ (Engagement-Reisepass) im Rahmen des Programms „Envie d'agir“ (Lust etwas zu tun) entwickelt, der Jugendlichen bei Jobinterviews hilfreich sein soll.
- Österreich hat mit Hilfe der Wirtschaftskammer und des Arbeitsmarktservices einen Freiwilligen-Pass entwickelt, der die durch die Freiwilligentätigkeit erworbenen Fähigkeiten und Kompetenzen anerkennt.

- Italiens nationale Beobachtungsstelle für Freiwilligentätigkeit hat im Rahmen einer Konferenz junge Freiwillige eingeladen, eine Charter zu Jugend und Aktive Bürgerschaft zu entwickeln. Die Jugendlichen nützten die Gelegenheit, um festzuhalten, wie sie sich eine Anerkennung von freiwilligem Engagement vorstellen und wie dieses besser unterstützt werden könnte.
- Deutschland hat sein Anerkennungsinstrument „Nachweise International“ ausdrücklich als Teil eines europäischen Prozesses zur Stärkung der Anerkennung des nicht-formalen Lernens, und insbesondere der Freiwilligentätigkeit im Jugendbereich erklärt.

Diese Beispiele guter Praxis zeigen, dass Mitgliedstaaten die Anerkennung von Freiwilligentätigkeiten ernst nehmen und kontinuierlich weiterentwickeln. Eine Übersicht über die Situation der freiwilligen Aktivitäten Jugendlicher bietet das European Knowledge Centre for Youth Policies (Europäisches Wissenszentrum für Jugendpolitiken), das die Europäische Kommission und der Europarat im Rahmen ihrer Partnerschaft im Jugendbereich entwickelt haben[9].

[1] http://ec.europa.eu/youth/youth-in-action-programme/doc74_de.htm

[2] Amicus ist ein europäisches Pilotprojekt zur Förderung grenzüberschreitenden freiwilligen Engagements Jugendlicher. Eine Ausschreibung erfolgte 2008, eine weitere ist für 2009 geplant.

[3] Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten über gemeinsame Zielsetzungen für die Freiwilligentätigkeit von Jugendlichen, 13996/04, vom 15. November 2004 und Entschließung des Rates zur Freiwilligentätigkeit von jungen Menschen, 14427/1/07, vom 27. November 2007

[4] KOM(2008) 424 endgültig, vom 3. Juli 2008

[5] 14825/08, vom 18. November 2008

[6] <http://www.eu2009.cz/en/> und http://ec.europa.eu/youth/index_de.htm

[7] Analysis of national reports from the Member States of the European Union concerning the implementation of the common objectives for voluntary activities of young people, COM(2007) 498 final, of 5 September 2007. Dieser Bericht kann auf <http://ec.europa.eu/youth/> abgerufen werden.

[8] Die Auswahl der Beispiele für diesen Artikel erfolgt rein themenbezogen und stellt in keineswegs eine Reihung oder Wertung dar. Durch die vorgegebene Textbeschränkung ist es leider nicht möglich, Beispiele für alle Mitgliedstaaten anzuführen. Festgehalten wird jedoch, dass alle Mitgliedstaaten über gute Praktiken im Bereich Freiwilligenaktivitäten Jugendlicher verfügen.

[9] <http://www.youth-partnership.net/youth-partnership/ekcyp/index>

Thema: Bürgerschaftliches Engagement und das soziale Europa

Juni 2009

Was für's Leben: Der Europäische Freiwilligendienst wirkt nachhaltig

Ergebnisse wissenschaftlicher Studien von JUGEND für Europa

Freiwillige Dienste sind ein Erfolgsmodell: Für junge Menschen ist es eine Zeit, in der sie etwas für Andere tun, bürgerschaftliches Engagement erproben und nicht zuletzt eigene Interessen und Talente erforschen. Seit 1995 setzt die Europäische Union den Europäischen Freiwilligendienst um.

Im damaligen Programm „Jugend für Europa III“ gab es die erste „Aktion zur Förderung kurzfristiger Freiwilligendienste“. Danach folgte 1996 bis 1997 eine eigene Pilotaktion und von 1998 bis Ende 1999 das Aktionsprogramm „Europäischer Freiwilligendienst für junge Menschen“. Als Teil des Programms JUGEND im Jahr 2000 und jetzt in JUGEND IN AKTION hat sich der Europäische Freiwilligendienst (EFD) längst einen prominenten Platz erobert. Seit 1998 haben rund 11.000 Jugendliche im Alter von 18 bis 25 in Deutschland eine von 600 gemeinnützigen Organisationen, ein so genanntes „Aufnahmeprojekt“, gefunden oder sind für sechs bis zwölf Monate ins europäische Ausland gegangen. EU-weit sind es zehnmal so viele. Längst melden sich jährlich mehr, als gefördert werden können. „Der EFD hat sich auf Grund seiner Qualitätsstandards zu einem bedeutenden Ort interkultureller Jugendbildung entwickelt und (internationalen) Freiwilligendiensten zu einer Anerkennung als eine Form nicht-formaler Bildung im Rahmen lebensbegleitenden Lernens verholfen“, bestätigte der Bericht der Bundesrepublik Deutschland an die EU-Kommission zu den Ergebnissen der Zwischenevaluierung des EU-Aktionsprogramms JUGEND in Deutschland^[1].

Kein Wunder, denn der Europäische Freiwilligendienst bietet Raum für vielfältige informelle und nicht-formale Bildungserfahrungen und ermöglicht vertieftes interkulturelles Lernen. Mit ihm wird Lösungen wie „Förderung der aktiven europäischen Bürgerschaft junger Menschen“ oder „Entwicklung der Solidarität“ und „Förderung der Toleranz unter jungen Menschen zur Stärkung des sozialen Zusammenhaltes in der Europäischen Union“ (alles aus dem zurzeit gültigen Programmhandbuch) europäisches Leben eingehaucht. Der Europäische Freiwilligendienst bewirkt in jedem Fall einen Zuwachs an Lebenskompetenz. Wirklich? Was lernt, erfährt, gewinnt man und frau denn dabei?

„Mein Leben wäre ohne den Europäischen Freiwilligendienst ganz anders verlaufen.“^[2]

Zum Start des Aktionsprogramms JUGEND Jahr 2000 wurden erstmalig der

Europäische Freiwilligendienst und seine Wirkungen untersucht. Eine weitere Bewertung erfolgte mit der Zwischenevaluation des Gesamtprogramms im Jahr 2004 und mit der Endevaluation 2007. Schon die erste, umfangreiche Studie Evaluationsstudie „Lern- und Bildungsprozesse im Europäischen Freiwilligendienst“ von 2000, vom „Deutschen Büro Jugend für Europa“ beim Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) in Auftrag gegeben, fragte zukunftsweisend nach den Kompetenzen, die junge Erwachsene während ihres Freiwilligendienstes gewinnen können. Auch die Zwischenevaluation im Januar 2004 und die Endevaluation im August 2007 fragten nach Wirkungen für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Um es gleich zu sagen: Der EFD wirkt und gefällt. Die große Mehrheit der Freiwilligen, 67,9 %, bewerteten ihn im Jahr 2000 insgesamt mit „sehr gut“, 25,2 % mit „gut“. In der Evaluation 2007 stellten die Teilnehmenden ein noch besseres Zeugnis aus: Bei über drei Viertel (77 %) der Begünstigten wurden die Erwartungen erfüllt, 93 % bewerten den persönlichen Gesamtnutzen hoch bzw. sehr hoch und 85 % der Befragten gaben an, dass sie, sofern sie nochmals vor der Entscheidung stehen, sie sich auf jeden Fall erneut an einem Europäischen Freiwilligendienst beteiligen würden.

„Ich habe viel über die Menschen und ihre Verhaltensweisen kennen gelernt, und es hat mir sehr viel Spaß gemacht, neue Leute kennen zu lernen.“

Dabei ist der Freiwilligendienst eine Herausforderung - „Ich war zum ersten Mal in meinem Leben weg von zu Hause, musste mein Leben selbst in die Hände nehmen und mich alleine „durchboxen“ -, deren Bewältigung die Persönlichkeit und das Selbstbewusstsein stärkt.; Ich bin viel selbstständiger geworden und bereit, die Initiative für mein eigenes Leben zu übernehmen. Außerdem habe ich ganz neue Seiten an mir entdeckt, zum Beispiel durch den Umgang mit behinderten Menschen. Positive Rückmeldungen haben mir viel Selbstsicherheit gegeben.“

Die Liste der zu erwerbenden Kompetenzen ist lang. Darauf stehen: persönliche Autonomie, Ich-Stärke und Selbstständigkeit, die Einsicht in eigene Stärken und Schwächen, Offenheit gegenüber anderen Menschen, einer fremden Gesellschaft oder der Natur, sozialintegrative Kompetenzen wie der Umgang mit anderen Menschen, kommunikative Fähigkeiten, Fremdsprachenkompetenz, Toleranz, Empathie, interkulturelle Handlungskompetenz. Darüber hinaus fördert der EFD die Beschäftigungsfähigkeit Jugendlicher und erleichtert ihnen den Übergang ins Erwerbsleben. Zum einen erfahren die Jugendlichen eine Klärung ihres Berufsziels, zum anderen werden beruflich verwertbare Kompetenzen erworben.

Wenn viele Jugendliche bereits vorher für politisches, soziales und gesellschaftliches Engagement motiviert waren, verstärkt der EFD diese Haltung offensichtlich – häufig im Sinne der Verständigung unterschiedlicher Nationen, Kulturen, Völker und Minderheiten. „Europa wird für die Jugendlichen durch den Auslandsaufenthalt weniger abstrakt, mehr greifbar, selbstverständlich und reizvoll. Im Vordergrund steht das Europa der Freundschaften und Reisefreiheit, weniger das politische Europa: Die Europäische Integration wird zwar positiver bewertet, aber kaum politisch reflektiert. Zugleich stieg die Bereitschaft zur Mobilität in ganz erheblichem Maße: Es entsteht eine hohe Bereitschaft für längere Zeit im Ausland zu leben und zu arbeiten.“^[3]

Über 80 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gaben für die Evaluation 2007 an, dass vom EFD ein hoher bzw. sehr hoher Nutzen ausging. Dieser lässt sich selbst für diejenigen nachweisen, die ihren Dienst frühzeitig beenden.

„Ich habe ein besseres Verständnis für Ausländer als vorher, da ich ja selbst so lange Ausländerin war.“

Solche Bildungserfolge kommen nicht von allein. Alle Evaluationen zeigten einen eindeutigen Zusammenhang zwischen der Betreuung in den Einsatzstellen und dem Kompetenzerwerb der Freiwilligen auf. Je selbstständiger, besser betreut, mit angemessenen Aufgaben betraut, in einem besserem Arbeitsklima die Freiwilligen in ihrer Einsatzstelle handeln konnten, desto höher schätzten sie ihren Kompetenzzuwachsein. Je größer die Zufriedenheit mit der persönlichen Betreuung und Anleitung durch die Einsatzstelle, desto größer die Lern- und Bildungsprozesse. Auch ein Zusammenhang zwischen dem Kompetenzerwerb und den Motiven und Erwartungen der Freiwilligen ist erkennbar: Eingegrenzte Motive wie zum Beispiel der Wunsch, eine andere Sprache zu lernen, scheinen eher ungünstig für Lernprozesse in anderen Kompetenzbereichen zu sein. Anders gesagt: Je offener Freiwillige sich in die neue Situation begeben, um so mehr profitieren sie davon.

„Der EFD war ein sehr wichtiger und auch schöner Teil meines Lebens. Ich habe sehr viel über mich selbst gelernt, einen inneren Frieden und die Lust zu leben.“

Womit wir beim „dunklen Fleck“ des Freiwilligendienstes wären: Die meisten Jugendlichen bringen bereits günstige Voraussetzungen mit. 93 % haben Abitur bzw. Fachhochschulreife, 93 % kommen aus einem deutschen Elternhaus, 80 % sind junge Frauen. Dieses Profil ist einseitig, aber verständlich. Aufgrund des Mindestalters von 18 Jahren, das im EFD vorgeschrieben ist, können jüngere Jugendliche mit Hauptschul- oder Realschulabschluss kaum im Anschluss an die Schulzeit einen EFD machen. Während der Ausbildungszeit oder Berufstätigkeit gibt es dann kaum mehr die Möglichkeit für eine Auszeit. Und während junge Männer in diesem Alter meist den Wehr- oder Zivildienst ableisten müssen, haben Mädchen eher die Zeit, vor Studium oder Ausbildung einen Freiwilligendienst zu absolvieren.

Die Herausforderung liegt also darin, organisatorische und kommunikative Voraussetzungen zu schaffen, auch andere Teilnehmerkreise zu erschließen. Denn die Studien geben keinen Anlass daran zu zweifeln, dass eine Übertragung der oben genannten Lern- und Bildungsprozesse auch auf Nicht-AbiturientInnen und benachteiligte Jugendliche stattfinden kann.

Als ein Instrument hat JUGEND für Europa dafür mit Partnern das Projekt [JiVE. Jugendarbeit international -Vielfalt erleben](#) entwickelt, das die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in und durch die internationale Jugendarbeit fördern will - insbesondere im Europäischen Freiwilligendienst (EFD). JiVE spricht gezielt Migrantenselbstorganisationen, Jugendmigrationsdienste und bereits anerkannte Träger des Europäischen Freiwilligendienstes an, EFD-Projekte unter Beteiligung Jugendlicher mit Migrationshintergrund zu entwickeln. Damit am Ende möglichst viele Jugendliche sagen können: *„Europa ist für mich enger zusammengerückt.“*

EU-Kommission: Ergebnisse der Zwischenevaluierung des EU-Aktionsprogramms JUGEND in Deutschland. Gestaltung eines europäischen Jugendprogramms nach 2006, hg. v. JUGEND für Europa, impact JUGEND, special Band 4, S.36

[2] Die O-Töne von Freiwilligen sind dem Bericht „Lern- und Bildungsprozesse im Europäischen Freiwilligendienst von Roland Becker, Heike Brandes, Ulrich Bunjes und Werner Wüstendörfer, JUGEND für Europa special Band 1, entnommen.

[3] Vorwort von Hans-Georg Wicke in: Lern- und Bildungsprozesse im Europäischen Freiwilligendienst von Roland Becker, Heike Brandes, Ulrich Bunjes und Werner Wüstendörfer, JUGEND für Europa special Band, S.III

© 2009 JUGEND für Europa

[Impressum](#)



Thema: Bürgerschaftliches Engagement und das soziale Europa

Juni 2009

Youthpass: More than a Certificate

Paul Kloosterman, freier Trainer, pame ambro

Since November 2007, thirty thousand young people in Europe have received Youthpass as recognition of their learning in the 'Youth in Action' Programme. 'Youth in Action' is the programme that the European Union set up for young people and aims to inspire a sense of active European citizenship, solidarity, and tolerance among young Europeans and to involve them in shaping the future of the Union. It involves Youth Exchanges, European Voluntary Service, Youth Democracy Projects, training, and other activities.

Since 2007, all participants of activities within the 'Youth in Action' Programme have the right to receive Youthpass. On the certificate a description of the activity can be found, including the different programme elements. The last part of Youthpass describes the learning outcomes of the individual participant. The participant fills in this part through self-assessment supported by a dialogue process with the mentor or trainer.

Making learning explicit

Youthpass has been developed to improve the recognition and validation of non-formal learning in the 'Youth in Action' Programme. For people involved in the programme it has been clear that young people learn a lot when, for instance, spending a year working as a volunteer in another country. But how to make 'a lot' understood and recognised by others? Youthpass wants to make the learning more explicit. By using Youthpass, young people have the possibility to be more specific about what they learned and in what way they learned. On the one hand to show others more clearly what the learning outcomes were, on the other to make themselves more aware of their learning.

Lifelong Learning

Youthpass should also be seen as part of the Lifelong Learning strategy of the European Commission. A strategy that means a shift in our perception of education in Europe from just passing on knowledge to developing broader competences that equip young people for adult life and further learning. In Lifelong Learning the learner takes responsibility for their learning. This means different approaches to organising learning and new competences from everyone involved in education.

Lifelong Learning also takes into account all the learning that takes place outside formal education. Formal, non-formal, and informal learning are seen as complementary in this respect. There, the youth field, as one of the main providers of non-formal learning, has an important role to play. Competences acquired in the youth field contribute at a very fundamental level to personal fulfilment, active participation, employability, and the social integration of young people. Youthpass is an instrument that makes these competences visible.

The two year experience with Youthpass plus one year of test phases is too short a time to give a real assessment of the impact and results. Research on that is planned for the coming two years. But there is already some conclusions that can be drawn from the experiences till now.

Welcomed by the field

An important element that has contributed to the success is the enthusiasm in the field for Youthpass. The initial expectation was that there would be a lot of resistance coming from the youth work field towards an instrument that would 'formalise' non-formal education. Although there is of course critical reflections, the overall response is very positive. The need for more recognition in the field corresponds well with the introduction of Youthpass. But even more important is the enthusiasm of the young people who received Youthpass. Many young people see the certificate as an extra added value to their experience in their project. Especially those young people who did not manage to get certificates during their school life appreciate an official document that states their competences.

Focus on learning

'Youthpass is more than a certificate' is probably the sentence that was said most frequently in the last two years in meetings and training courses around the topic. It is not that, since the introduction of Youthpass, the only thing that has changed in activities in the 'Youth in Action' Programme is that there is a certificate at the end of the project. Youthpass, or better the Youthpass process, implies a strong focus on the awareness of learning in the activities. When young people have to assess their learning outcomes at the end of the project, they need time and support during the activity to reflect regularly on their learning. Not only on seeing what you learned during that day or week but also reflecting on how you learn best, on what you find challenging, on how to continue and on what to focus. A challenging task, because till now others (teachers) have mostly decided on how and what you had to learn and when you fulfilled your learning. Young people are very willing to take their learning into their own hands, but need support from facilitators (youth workers, trainers, and mentors) to fulfil this new role.

Never before so much time has been spend in the 'Youth in Action' Programme activities on talking with the participants about the topic 'how do I learn?'

Recognition of the youth sector

In 2006, the Council of the European Union signed a resolution on the recognition of the value of non-formal and informal learning within the

European youth field. On the one hand an important resolution for the youth sector, but on the other hand a resolution as such does not make you recognised. Youthpass fits of course very well into the idea of this resolution and can be seen as one of the instruments to put it into practice. At the same time another phenomenon takes place, being a result of the fact that Youthpass is the only European certificate of its kind at the moment. Which makes Youthpass a kind of pilot project in the wider frame of the Lifelong Learning strategy of the Commission and as such an interesting development for others in the educational field to follow. Organisations and institutes working in the frame of the 'Youth in Action' Programme get and take more and more a role in the debates on educational policies, both at European and at national level.

Challenges

To implement an instrument as Youthpass at European level takes time. With two years it is still a project under construction, and there is still many challenges ahead. In the first two years a lot of energy had to be spend on the technical realisation and implementation of the instrument. That part is done now, and all attention can go now to the two main aspects to be tackled further: recognition of Youthpass and the educational implications.

In the test phase, employers were interviewed on their opinion on such an instrument. The reactions were quite positive. The task is now to make Youthpass known as a valuable certificate among a wider audience of employers. A task that has to be taken up mainly at national level by the National Agencies for the 'Youth in Action' Programme. When recognition leads to employability, the value of Youthpass will certainly increase.

Within the 'Youth in Action' Programme a big effort is made at the moment to develop methods, tools, and instruments that can support young people in developing their learning competence. It is an interesting and even exciting process that contributes at the same time to the quality improvement of the educational work done in the programme.

With Youthpass the 'Youth in Action' Programme is in the unique position of exploring possibilities and challenges in new concepts of education.